
Vorsitz: Aserbaidshon**999. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 2. Februar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 13.20 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Sadigbayli
F. Osmanov

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG:
„ANTIMINENMASSNAHMEN MIT DEM
SCHWERPUNKT UNSCR 2365“

– *Vortrag von S. Poladov, Stellvertretender Vorsitzender des leitenden Gremiums der Agentur für Minenräumung der Republik Aserbaidshon (ANAMA)*

– *Vortrag von S. Essén, Global Mine Action and Development Adviser, Recovery Solution and Human Mobility Team, Crisis Bureau, UNDP*

– *Vortrag von Ö. Buğra Gönen, Planungsexperte, Türkisches Zentrum für Minenräumung (TURMAC), Ministerium für nationale Verteidigung der Republik Türkei*

– *Vortrag von E. Becker, Geschäftsführerin, Marshall Legacy Institute*

Vorsitz, S. Poladov (FSC.DEL/46/22 OSCE+), S. Essén (FSC.DEL/44/22 OSCE+), Ö. Buğra Gönen (FSC.DEL/47/22 OSCE+) (FSC.DEL/47/2/Add.1 OSCE+), E. Becker (FSC.DEL/45/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Moldau,

San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/40/22), Schweiz (FSC.DEL/37/22 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/33/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Kanada, Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland) (Anhang 1), Türkei (FSC.DEL/36/22 OSCE+), Ukraine (FSC.DEL/39/22), Russische Föderation (Anhang 2), Armenien (Anhang 3) (Anhang 4), Aserbaidschan (Anhang 5), Ägypten (Kooperationspartner)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/38/22), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/41/22), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/34/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/42/22 OSCE+), Kanada, Russische Föderation (Anhang 6), Belarus

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung am 1. und 2. März 2022:* Vorsitz
- (b) *Nebenveranstaltung „Humanitäre Minenräumung: Herausforderungen, innovative Lösungen und internationale Unterstützung“, am 2. Februar 2022 in der österreichischen Landesverteidigungsakademie:* Vorsitz
- (c) *1000. Plenarsitzung des Forums für Sicherheitskooperation am 9. Februar 2022:* Vorsitz
- (d) *25. Jahrestag der Unterzeichnung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle nach Anhang I-B Artikel IV des Friedensvertrags von Dayton am 14 Juni 2021:* Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/43/22 OSCE+)
- (e) *Ankündigung finanzieller Beiträge zu verschiedenen OSZE-Projekten:* Schweiz, Montenegro
- (f) *Verteilung der drei Bände umfassenden Geschichte der OSZE von Victor-Yves Ghebali an die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner:* Schweiz

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 9. Februar 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

999. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1005, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VORSITZENDEN DES INFORMELLEN FREUNDESKREISES ZU
KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN UND LAGER-
BESTÄNDEN KONVENTIONELLER MUNITION (LETTLAND)**

Danke, Herr Vorsitzender.
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
geschätzte Vortragende,

der heutige Sicherheitsdialog hat einmal mehr unsere Aufmerksamkeit auf Antiminenmaßnahmen und insbesondere auf die ihnen zugrunde liegenden humanitären Aspekte gelenkt. Die heutigen Vortragenden haben mehrere Herausforderungen im Zusammenhang mit der Durchführung unserer Aktivitäten beleuchtet. In meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) möchte ich allen Vortragenden für ihre wertvollen Beiträge zu diesem wichtigen Thema danken.

In den letzten Jahren war die Minenbekämpfung im OSZE-Raum immer wieder Thema der Erörterungen im Forum für Sicherheitskooperation (FSK). Im Februar 2021 zum Beispiel hat der US-amerikanische FSK-Vorsitz unser Problembewusstsein für die Besorgnisse und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Gefahr, die von Kampfmittelrückständen in Zentralasien ausgeht, geschärft. Im Januar und Mai 2020 widmeten der türkische und der ukrainische FSK-Vorsitz dem Thema Minenbekämpfung jeweils einen Sicherheitsdialog, wobei Aspekte ihrer rechtlichen und völkerrechtlichen Regelung sowie Maßnahmen für ihre praktische Anwendung, insbesondere als Unterstützung für Vertrauens- und Sicherheitsbildung, behandelt wurden.

Herr Vorsitzender,

der völkerrechtliche Rahmen zur Unterstützung von Antiminenprogrammen ist gut ausgebaut. Er umfasst humanitäre Abrüstungsbemühungen im Rahmen des Übereinkommens von Ottawa sowie Instrumente im Zusammenhang mit der traditionellen Rüstungskontrolle und dem humanitären Völkerrecht wie die Protokolle II und V des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen. Die Tatsache, dass das letztgenannte Protokoll von fast 90 Prozent der OSZE-Teilnehmerstaaten unterzeichnet wurde, ist ein deutliches Indiz dafür,

dass weitgehend Konsens über ein Verbot oder eine Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die „übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können“, wie etwa Landminen, besteht.

Die Resolution 2365 (2017) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die erste eigenständige Resolution zum Thema Antiminenprogramme, würdigt den positiven Beitrag, den Antiminenmaßnahmen zu Anstrengungen zur Stabilisierung und zur Aufrechterhaltung des Friedens in der Zeit nach einem Konflikt leisten, und ermutigt die Staaten und Organisationen, die dazu in der Lage sind, sich auch weiterhin aktiv an der Unterstützung erhöhter technischer, beratender und operativer Kapazitäten für Antiminenprogramme zu beteiligen.

Die OSZE beteiligt sich weltweit intensiv an Antiminenanstrengungen. Insbesondere werden Antiminenmaßnahmen von der OSZE als vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme in der Konfliktverhütung und -lösung, im Krisenmanagement und in der Konfliktnachsorge eingesetzt. Dieser wichtige Aspekt von Antiminenprogrammen hilft uns auch, unsere Rolle und unsere Verpflichtungen zu definieren, und leitet unsere Arbeit im FSK.

Im Rahmen unserer Bemühungen um die Festlegung von Normen stärken wir schrittweise die Kontrollmechanismen für SCA, um deren sichere Lagerung zu gewährleisten. Lassen Sie mich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass das OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition den Teilnehmerstaaten Indikatoren an die Hand gibt, mit deren Hilfe sie ermitteln können, ob bei ihnen ein Überschuss an konventioneller Munition, Sprengstoffen und/oder Zündmitteln vorliegt, und, falls dies der Fall ist, wie sie den Prozess der Vernichtung solcher Überschüsse einleiten können. Mit Blick darauf könnte der jährliche Informationsaustausch über SCA verbessert werden, um seinen Nutzen für uns zu erhöhen.

Seit 1997 verwenden die OSZE-Teilnehmerstaaten zum Austausch von Informationen über ihre Politik und Praxis betreffend Antipersonenminen und explosive Kampfmittelrückstände einen speziellen jährlichen Fragebogen. Die ausgetauschten Informationen sind auf der OSZE-Website öffentlich zugänglich.¹ Auch wenn wir zu Recht auf die hohe Rücklaufquote des Fragebogens stolz sein können, sollten wir nach weiteren Möglichkeiten suchen, den praktischen Nutzen der ausgetauschten Informationen zu erhöhen, und die Praxis der Nachbereitung mit den Teilnehmerstaaten, die Unterstützung bei der Minenräumung, der Vernichtung von Lagerbeständen, der Aufklärung über Minen und/oder der Opferhilfe benötigen, intensivieren. Im Jahr 2021 führte die OSZE beispielsweise in zwei Teilnehmerstaaten Hilfsprojekte zur Unterstützung von Antiminenmaßnahmen durch. In Tadschikistan unterstützt die OSZE eine regionale Ausbildung im Bereich Kampfmittelbeseitigung, an der alle fünf zentralasiatischen Teilnehmerstaaten teilnehmen, und trägt damit nicht nur zur Entwicklung nachhaltiger nationaler Kapazitäten bei, sondern auch zur Vertrauensbildung unter den Streitkräften und den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden in der Region. Ein weiterer Teilnehmerstaat ersuchte im Januar 2021 um Hilfestellung bei Antiminenmaßnahmen.

Lassen Sie mich darüber hinaus an das zweite Zweijährliche Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA im Oktober 2020 erinnern, auf dem wir die Notwendigkeit eines eigenen Rahmens und eines umfassenden

1 <https://www.osce.org/forum-for-security-cooperation/313921>.

Sicherheitskonzepts für die Verwaltung konventioneller Munition unter Einbeziehung der Lieferketten und des gesamten Lebenszyklusmanagements anerkannten. Es wurde vorgeschlagen, zu diesem Zweck einen OSZE-Aktionsplan für Lagerbestände konventioneller Munition auszuarbeiten, der uns helfen würde, Schritte und Etappenziele im Kampf gegen die destabilisierende Anhäufung und Umleitung von Munition festzulegen. Ich möchte der Schweiz meine Anerkennung dafür aussprechen, dass sie sich auf dem letzten Treffen des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA am 9. Dezember 2021 bereit erklärt hat, die Federführung bei dieser Aktivität zu übernehmen. Ziel des SCA-Aktionsplans wäre es, die Abstimmung und wechselseitige Ergänzung mit den einschlägigen Rahmenwerken der Vereinten Nationen, globalen Normen und Standards zu gewährleisten und die regionale Arbeit der OSZE in diesem Bereich ins Rampenlicht zu rücken. Ich möchte betonen, dass diese Bemühungen völlig transparent sein sollen und dass die OSZE-Teilnehmerstaaten, die sich am Prozess der Ausarbeitung des Dokuments beteiligen, dies auf völlig freiwilliger Basis tun sollen.

Herr Vorsitzender,

darüber hinaus möchte ich besonders auf die Bedeutung der OSZE-Praxisleitfäden zu SALW und konventioneller Munition und den laufenden Prozess ihrer Überprüfung und Aktualisierung hinweisen. Ende 2021 hat das FSK Beschlüsse über drei aktualisierte Praxisleitfäden verabschiedet.

Lassen Sie mich noch einmal festhalten, dass die Praxisleitfäden, wiewohl sie keinen verbindlichen Charakter haben, von allen 57 OSZE-Teilnehmerstaaten gebilligt und allgemein akzeptiert wurden und das gemeinsame Verständnis der maßgeblichen Ansätze, Verfahren und Terminologie darstellen. Ich möchte die Teilnehmerstaaten ermutigen, zu prüfen, ob auch im Bereich der Minenräumung ähnliche Leitlinien oder ein ähnliches Referenzdokument erforderlich sein könnten, wobei insbesondere der Mehrwert zu bedenken wäre, den die OSZE durch ihren umfassenden Sicherheitsansatz und ihre vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen einbringen kann.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass wir durch eine weitere Stärkung der Umsetzung von SALW- und SCA-bezogenen Normen und Vorschriften, durch deren Verknüpfung mit unserer praktischen Arbeit und durch eine bessere Nutzung des Informationsaustauschs einen wesentlichen Beitrag dazu leisten könnten, die Fähigkeit des FSK zur Befassung mit bestehenden und neuen Herausforderungen durch Landminen, explosive Kampfmittelrückstände und behelfsmäßige Sprengvorrichtungen zu verstärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich bitte höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

999. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1005, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir danken dem aserbaidischen Vorsitz für die Organisation dieser Plenarsitzung zum Thema Minen mit dem Schwerpunkt auf der Resolution 2365 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen „Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit: Antiminenprogramme“. Wir heißen die Hauptreferentinnen und -referenten herzlich willkommen und danken ihnen für ihre informativen Vorträge.

Die Russische Föderation misst dem Thema Minenräumung seit jeher große Bedeutung bei, da es im Zusammenhang mit der Lösung regionaler Krisen, der Bewältigung ihrer Folgen und der Bekämpfung des Terrorismus von großer Bedeutung ist. Viele von einem Konflikt betroffenen Staaten benötigen professionelle Hilfe bei der Minenräumung, um einen vollständigen Übergang zu einem Leben im Frieden zu ermöglichen und die Infrastruktur und die Wirtschaft wiederaufzubauen. Die Hilfestellung, die die OSZE Ländern bei der Minenräumung leistet, sollte konsequent fortgesetzt werden, unter gebührender Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Möglichkeiten als regionale Organisation, die zur Umsetzung der weltweiten Verpflichtungen der Vereinten Nationen beitragen soll.

Unser Land bemüht sich auf verantwortungsvolle Art und Weise darum, eine minenfreie Welt zu verwirklichen. Unsere Ansätze werden im Rahmen des Übereinkommens über unmenschliche Waffen und des geänderten Protokolls II betreffend Minen umgesetzt. Die Ergebnisse dieser Arbeit finden jährlich ihren Niederschlag in der nationalen Berichterstattung im Rahmen dieses Übereinkommens und in den Antworten der Russischen Föderation auf den OSZE-Fragebogen zu Antipersonenminen und explosiven Kampfmittelrückständen.

Der Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme (UNMAS) spielt eine wichtige Rolle bei den internationalen Minenräumungsbemühungen. Russische Expertinnen und Experten haben sich an den von UNMAS organisierten Arbeiten zur Ausarbeitung internationaler Standards für die Bekämpfung des Einsatzes von behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen beteiligt. Wir unterstützen die Arbeit des Dienstes auch finanziell: Im Januar wurde

eine Verordnung der russischen Regierung unterzeichnet, das einen freiwilligen Beitrag zur Finanzierung einer unabhängigen Analyse der Arbeit von UNMAS vorsieht.

Uns ist es ein großes Anliegen, interessierten Staaten bei der Durchführung von Einsätzen humanitärer Minenräumung zu helfen – unter anderem durch die Entsendung von Teams aus Pionieren und Fachleuten für Kampfmittel zusammen mit der nötigen Ausrüstung. Wir befassen uns aktiv mit dem Aufbau eines Erfahrungsaustauschs mit Fachleuten für militärische Minenräumung, vor allem aus Indonesien, dem Iran, Laos, Pakistan, Sri Lanka, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Vietnam. Wir arbeiten eng mit dem Internationalen Zentrum für Humanitäre Minenräumung in Genf zusammen.

Eine unserer Prioritäten ist die Minenräumung in Syrien. Im Zeitraum 2016 – 2017 führten russische Pionierkräfte vier groß angelegte humanitäre Minenräumungsaktionen in den Städten Aleppo, Deir ez-Zor und Palmyra durch. Wir unterstützen Syrien weiterhin bei der Räumung von Minen und der Kampfmittelbeseitigung in den von Terroristinnen und Terroristen und Extremistinnen und Extremisten befreiten Gebieten. Russische Militärexpertinnen und -experten haben mehr als 6 500 Hektar des syrischen Hoheitsgebiets, rund 1 400 km Straßen und mehr als 17 000 Objekte geräumt und mehr als 105 000 Kampfmittel entschärft. Im Rahmen der in Syrien stationierten Außenstelle des Internationalen Minenräumungszentrums (IMAC) der Streitkräfte der Russischen Föderation haben unsere Ausbilderinnen und Ausbilder mehr als 1 200 syrische Fachleute für Minenräumung ausgebildet und ausgerüstet, die weiterhin die von den Kämpfern befreiten Gebiete entminen.

In Südostasien führen russische Pionierkräfte seit 2018 Minenräumungsaufgaben in Laos durch. In den letzten Jahren wurden Gebiete einer Größenordnung von mehr als 117 Hektar geräumt und über 2 000 Kampfmittel aufgefunden und zerstört, wobei es sich größtenteils um von den USA hergestellte Fliegerbomben handelt. Die Außenstelle von IMAC nimmt derzeit an der vierten Operation dieser Art in Laos teil und hat mit der Ausbildung einer neuen Gruppe laotischer Minenräumungstruppen begonnen.

Die Minenräumung ist auch ein fester Bestandteil der friedenserhaltenden Operation in Bergkarabach, die durch die Vereinbarungen der Staats- und Regierungschefs von Aserbaidschan, Armenien und Russland vom 9. November 2020 über eine vollständige Waffenruhe und die Einstellung aller Kampfhandlungen ermöglicht wurde. Diese Arbeit bildet die Grundlage für den Übergang zu einem friedlichen Leben. Zugleich ist es uns ein besonderes Anliegen, darauf hinzuweisen, dass in der Region die Koordinierung der Hilfe bei der Minenräumung besondere Aufmerksamkeit erhalten sollte, um Doppelarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen aus verschiedenen Ländern zu vermeiden.

Diese systematischen Bemühungen Russlands sind unser praktischer Beitrag zur Umsetzung der Resolution 2365 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Wir beabsichtigen, diese Bemühungen weiter zu verstärken. Wir bekräftigen unsere Bereitschaft zum fachlichen Erfahrungsaustausch mit allen interessierten Ländern, nicht zuletzt im Rahmen des IMAC und der jährlich in Moskau stattfindenden Internationalen Konferenz über Minenräumung.

Herr Vorsitzender,

zur Frage der Bekämpfung der Minengefahr in der Südostukraine wurde heute schon viel gesagt und auch wir können diesem Thema nicht ausweichen. Lassen Sie mich zunächst sagen, dass unser Land die Arbeit des Büros des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Minengefahr und die Aufklärung darüber sehr zu schätzen weiß. Wir sind der Ansicht, dass die Aktivitäten des Projektkoordinators, auch die extrabudgetären, weiterhin der Rechenschaftspflicht gegenüber den OSZE-Teilnehmerstaaten unterliegen, im Einklang mit dem Mandat stehen und die in der Trilateralen Kontaktgruppe getroffenen Vereinbarungen berücksichtigen sollten. Darüber hinaus ist aus unserer Sicht eine größere Transparenz in der Arbeit des Koordinators notwendig, unter dessen Schirmherrschaft eine Reihe verschiedener ausländischer Organisationen, die sich mit der Minenräumung befassen, tätig sind.

Wir können beobachten, dass die ukrainische Delegation wieder einmal versucht, ihr Land als „bar jeglicher Schuld“ darzustellen und die Verantwortung für alle Unruhen im Donbass auf den Garanten einer friedlichen Lösung abzuwälzen. Wir sind immer bereit, unseren geschätzten Kolleginnen und Kollegen einen Spiegel vorzuhalten.

Jahr für Jahr hören wir auf den Treffen des Forums für Sicherheitskooperation, dass in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten keine Antipersonenminen eingesetzt werden und dass die Ukraine ihre Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Ottawa von 1997 nach Treu und Glauben erfüllt. Dennoch berichtet die OSZE-Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine Jahr für Jahr, diese Art von Minen in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten entdeckt zu haben. So wurden beispielsweise am 24. April 2020 vier Kisten mit MON-90-Minen an einem Kontrollpunkt der ukrainischen Streitkräfte in Popasna und am 19. Oktober 2021 eine MON-90-Mine an genau demselben Ort gefunden. Darüber hinaus wurden die Beobachterinnen und Beobachter bei der Entdeckung dieser Mine über deren sofortige Entsorgung rundheraus angelogen.

Diese groben Diskrepanzen zwischen dem, was die Vertreter der Ukraine sagen, und dem, was tatsächlich vor Ort geschieht, sind eindrucksvolle Beispiele dafür, wie sie die internationale Gemeinschaft regelmäßig in die Irre führen und die Bemühungen internationaler humanitärer Organisationen um die Minenräumung im Donbass untergraben. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

999. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1005, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Sitzungskonzept für den heutigen Sicherheitsdialog werden Antiminenmaßnahmen als „unverzichtbares Element für dauerhaften Frieden, Sicherheit und Entwicklung sowie für die Ausübung der Menschenrechte“ bezeichnet. Seit nunmehr fast dreißig Jahren behindert Aserbaidschan konsequent jegliche humanitäre Minenräumung in Bergkarabach und bezeichnet sie als illegal. Aserbaidschan ist sogar noch weiter gegangen und hat die Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Eriwan mit dem unbegründeten Vorwurf blockiert, dass dieses sich an Aktivitäten zur Minenräumung in Bergkarabach beteilige. Leider wurde die Tatsache, dass Landminen und andere explosive Kampfmittel eine ernste und unterschiedslose Bedrohung für das Leben, die Sicherheit und die Existenzgrundlage der Menschen in Arzach darstellen, weder von Aserbaidschan noch von der OSZE als humanitäres Problem betrachtet. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass die Menschenrechte allgemeingültig sind: Sie dürfen nicht aus politischen Erwägungen in Frage gestellt oder selektiv angewendet werden.

Es sei auch darauf hingewiesen, dass seit der Zeit des ersten Bergkarabach-Kriegs die Gebiete von Bergkarabach stark mit Minen und anderen explosiven Kampfmitteln belastet sind, die von Aserbaidschan verlegt wurden. Darüber hinaus hat Aserbaidschan in all diesen Jahren die Minenverlegung fortgesetzt und betrachtet den Einsatz von Landminen, Sprengfallen und anderen Sprengvorrichtungen als „unverzichtbaren Teil seiner Verteidigungsstrategie“. Dies wurde von Aserbaidschan selbst in seinen offiziellen Mitteilungen eingeräumt, unter anderem auch in seiner Antwort auf den OSZE-Fragebogen zu Antipersonenminen (FSC.EMI/255/20) aus dem Jahr 2020.

Aserbaidschan behindert nicht nur jegliche humanitäre Minenräumung in Bergkarabach, sondern hat auch die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Bergkarabach-Konflikts immer wieder ausgehebelt. Im Gegenteil, die aserbaidschanischen Behörden haben die Anwendung von Gewalt als einziges Mittel zur Lösung des Bergkarabach-Konflikts erachtet. Sehr aufschlussreich sind diesbezüglich die Weigerung, sich konstruktiv an Verhandlungen im Rahmen des vereinbarten Formats der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe zu beteiligen, die ständigen Versuche, die OSZE-Präsenz in der Region zu

verringern, die Ablehnung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen und die unkontrollierte Anhäufung von Waffen und Munition, einschließlich Minen und anderer explosiver Kampfmittel. Aserbaidschan trägt somit die volle Verantwortung für die derzeitige Lage in der Region, auch im Hinblick auf die Minenbelastung.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen im November 2020 übergab Armenien Aserbaidschan als humanitäre Geste alle in seinem Besitz befindlichen Minenkarten. Leider wurden unsere Bemühungen um Stabilität in unserer Region von Aserbaidschan nicht entsprechend honoriert. Ich denke, Sie werden mir zustimmen, dass das Einfallen aserbaidisch-ner Streitkräfte in das souveräne Hoheitsgebiet Armeniens und ihre anhaltende illegale Präsenz, das fortgesetzte Festhalten armenischer Kriegsgefangener und ziviler Geiseln, die andauernden Verletzungen der Waffenruhe und der Beschuss ziviler Siedlungen in Armenien und Arzach sowie die Zerstörung und Inbesitznahme des armenischen Kulturerbes nicht als Anzeichen für die Bereitschaft Aserbaidschans zur Vertrauensbildung angesehen werden können

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir noch einige Worte zum OSZE-Hilfsmechanismus und zum Ersuchen Aserbaidschans um praktische Unterstützung bei der Minderung der von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Gefahren.

Aserbaidschan hat die Zusammenarbeit zwischen Armenien und der OSZE auch im Bereich der Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und der Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) jahrelang behindert und Aktivitäten und Projekte im Alleingang mit der haltlosen Behauptung, diese seien konfliktbezogen, blockiert. 2015 stellte die Republik Armenien im Einklang mit dem OSZE-Dokument über SCA ein Ersuchen an die OSZE um Hilfestellung bei der Durchführung eines Projekts im Bereich von SALW und SCA, mit dem die Sicherheitsstandards von zwei SALW/SCA-Lagerungsstätten in der Republik Armenien im Einklang mit den nachahmenswerten OSZE-Methoden verbessert werden sollten. Das Verfahren wurde aufgrund der politisch motivierten und unkonstruktiven Haltung der aserbaidisch-ner Delegation ausgesetzt, die wiederholt erklärte, Aserbaidschan sei nicht in der Lage, ein von Armenien beantragtes Hilfsprojekt zu unterstützen (FSC.DEL/171/20). Die mangelnde Bereitschaft und das Versäumnis der Organisation und ihrer Teilnehmerstaaten, derartige Praktiken zu verurteilen und ein derart unverantwortliches Verhalten anzuprangern, haben die Wirksamkeit der OSZE in diesem Bereich bereits geschmälert.

Was wir heute erleben, ist ein Versuch Aserbaidschans, den OSZE-Hilfsmechanismus für politische Manipulationen zu missbrauchen und die Folgen seines eigenen vorsätzlichen Handelns und seiner Ablehnung einer friedlichen Beilegung des Bergkarabach-Konflikts auf die OSZE abzuwälzen. Jede konfliktbezogene Aktivität der OSZE kann nur auf der Grundlage von Gleichberechtigung und unter Einbeziehung aller Konfliktparteien, einschließlich Arzachs, durchgeführt werden.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

999. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1005, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

In Ausübung ihres Rechts auf Erwiderung möchte die Delegation Armeniens an Aserbaidschan gerichtet Folgendes betonen.

Erstens hat Armenien die Existenz von Landminenkarten nie bestritten. Was Armenien abgelehnt hat, war der Vorschlag Aserbaidschans für einen Tausch, nämlich Kriegsgefangene gegen die Landminenkarten.

Zweitens kommt in den Hinweisen auf die Ungenauigkeit der Landminenkarten nur ein weiteres von Aserbaidschan erfundenes Narrativ zum Ausdruck, mit dem Armenien die Schuld gegeben werden soll.

Drittens ist die Behauptung, Aserbaidschan habe den armenischen Projektvorschlag betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition nie blockiert, eine glatte Lüge, wie aus der Erklärung der Delegation Aserbaidschans vom 9. September 2020 mit der Dokumentennummer FSC.DEL/171/20 hervorgeht.

999. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1005, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

wie bei der letzten Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) unter aserbaidischem Vorsitz hatten wir auch diesmal nicht die Absicht, uns zu Wort zu melden. Angesichts der erneuten unrichtigen Erklärung Armeniens sehen wir uns jedoch gezwungen, dies namens unseres Landes zu tun. Wir sehen, dass die armenische Delegation ein klares Ziel vor Augen hat – den Vorsitz Aserbaidschans im FSK zu stören. Ich brauche wohl nicht zu sagen, dass das kontraproduktiv ist und Sinn und Zweck dieses Forums nicht gerecht wird.

Armenien ist als einziges Land für die derzeitige alarmierende Lage in den befreiten Gebieten Aserbaidschans verantwortlich, deren Ursache die massive Belastung dieser Gebiete durch Landminen und nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel ist. Drei Jahrzehnte lang hat Armenien in diesen Gebieten während seiner Besatzung wahllos Landminen verlegt und sie damit zu einem der weltweit am stärksten verminnten Gebiete gemacht. Auch heute noch sind die von Armenien verlegten Minen verantwortlich für den Tod von Zivilpersonen, sie behindern die Rückkehr von Binnenvertriebenen zusätzlich, beeinträchtigen nachhaltig die Bemühungen um Rehabilitation und Wiederaufbau und untergraben den gesamten Prozess der Normalisierung und Aussöhnung nach dem Konflikt.

Nach dem Ende des Konflikts im November 2020 behauptete Armenien zunächst, keine Karten der Minenfelder zu besitzen, und bezeichnete dies als „irreführende Agenda“, weigerte sich in der Folge, die Karten herauszugeben, ehe es sich schließlich auf internationalen Druck dazu bereitfand, sie nach und nach herauszurücken. Erschwerend kam hinzu, dass sich nach der Prüfung durch Fachleute vor Ort herausstellte, dass die vorgelegten Informationen nur einen Teil der befreiten Gebiete abdeckten, ein erheblicher Teil der Karten unzuverlässig war und andere keine für die Räumung der Minen relevanten Angaben enthielten. Daher sollte Armenien für seine Weigerung, vollständige und genaue Informationen über die Minenfelder zu übermitteln, zur Rechenschaft gezogen werden, einen Teil der Kosten für die Minenräumung übernehmen und sich an der Opferhilfe beteiligen.

Das von der armenischen Delegation erwähnte Ersuchen Aserbaidshans um praktische Unterstützung ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen. Erstens steht das Ersuchen in vollem Einklang mit unseren gemeinsamen Verpflichtungen im Bereich von Kleinwaffen und leichten Waffen sowie von Lagerbeständen konventioneller Munition. Zweitens und vor allem wird um Unterstützung bei der Durchführung des Projekts in den souveränen, international anerkannten Gebieten Aserbaidshans ersucht, die fast drei Jahrzehnte lang von Armenien besetzt waren und derzeit dringend der Konfliktnachsorge bedürfen; die humanitäre Minenräumung gehört auf jeden Fall dazu. Darum geht es letztendlich und das ist der wesentliche Unterschied zu den illegalen Aktivitäten, die Armenien in den ehemals besetzten Gebieten Aserbaidshans durchgeführt hat.

Das Mindeste, was Armenien tun könnte, um seine bereits angesprochenen völkerrechtswidrigen Handlungen irgendwie wiedergutzumachen, ist, die Durchführung des von Aserbaidshan beantragten Hilfsprojekts nicht zu behindern, sondern zu erleichtern.

Da Armenien sein Hilfeersuchen ebenfalls zur Sprache gebracht hat, möchte ich das Forum daran erinnern, dass Aserbaidshan es nie blockiert hat. Angesichts unserer allseits bekannten legitimen Sicherheitsbesorgnisse haben wir gefordert, dass alle Verfahren ordnungsgemäß eingehalten und Transparenz und Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit dem Projekt im Einklang mit den einschlägigen OSZE-Dokumenten gewährleistet werden.

Abschließend noch ein paar Worte zum Übereinkommen von Ottawa. Aserbaidshan unterstützt die Philosophie, den Zweck und die Ziele der Ottawa-Konvention und leistet weiterhin Beiträge zur Umsetzung der Ziele des Übereinkommens. Aserbaidshan hat Transparenzberichte gemäß Artikel 7 des Übereinkommens vorgelegt und wird in nächster Zeit einen neuen Bericht vorlegen. Darüber hinaus hat Aserbaidshan in der VN-Generalversammlung stets für Resolutionen zur Umsetzung des Übereinkommens von Ottawa gestimmt. Die anhaltende destruktive Politik und Haltung Armeniens widerspricht der Philosophie und den Zielen der Ottawa-Konvention und führt zu praktischen Schwierigkeiten in der Region.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

999. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1005, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

immer wieder habe ich versucht, nicht auf die falsche und bösartige Rhetorik der Ukrainerinnen und Ukrainer und ihrer westlichen Herren und Meister zu reagieren, aber heute kann ich nicht mehr schweigen. Normale Menschen sind äußerst verwundert über das Ausmaß der Hysterie, die von westlichen Politikerinnen und Politikern, Diplomatinen und Diplomaten und Journalistinnen und Journalisten über eine angeblich „unmittelbar bevorstehende russische Invasion in der Ukraine“ geschürt wird.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben Sie Mitleid mit dem ukrainischen Volk und seinem Präsidenten. Dieses unglückliche Volk lebt bereits wie in George Orwells „1984“, ständig von einem Krieg mit einem Nachbarn bedroht, was die ukrainische Regierung als Rechtfertigung für eine äußerst schwierige innenpolitische und wirtschaftliche Lage und einen bereits acht Jahre andauernden Bürgerkrieg benutzt. Es ist an der Zeit, damit aufzuhören, die Ukraine so zynisch und unverhohlen gegen Russland auszuspielen, umso mehr als der Preis dafür die Einschüchterung des ukrainischen Regimes selbst ist. Warum werden die diplomatischen Vertretungen aus Kiew und anderen Städten abgezogen? Präsident Selenskyj musste sich sogar selbst widersprechen, als er am 28. Januar auf einer Pressekonferenz erklärte, die Lage an der Grenze sei „nicht schlimmer als zuvor“.

Diplomatinen und Diplomaten aus einigen westlichen Ländern werden abgezogen. Dies ist nicht nur für Russland, sondern auch für die ukrainische Führung überraschend. Wovon sind sie bedroht? Sie sagen „von einem möglichen Angriff durch Russland“. Sie verweisen auf den angeblichen Aufwuchs russischer und belarussischer Streitkräfte an den Grenzen zur Ukraine. Und sie lassen sich auch dadurch nicht in Verlegenheit bringen, dass unsere Länder an jedem Ort und zu jeder Zeit Übungen auf ihrem Hoheitsgebiet durchführen können. Wir hatten die Höflichkeit, unsere Partner hier im Forum kürzlich auf freiwilliger Basis über die Inspektion der Eingreifkräfte des Unionsstaates zu informieren.

Mehr noch: Mit dieser Fehlinformation „pumpen“ die Angelsachsen die Ukraine weiterhin aktiv mit tödlichen Waffen voll und unterstützen das Regime finanziell und materiell, ohne sich darum zu kümmern, was in der Ukraine tatsächlich vor sich geht und wie viel Menschenleben der achtjährige Konflikt im Donbass bereits gefordert hat und möglicherweise noch fordern wird.

Es ist seit Langem für alle offensichtlich, dass der Westen unseren ukrainischen Nachbarn auf zynische Weise als ein weiteres Instrument benutzt, um auf Russland Druck auszuüben und es einzuhegen. Es ist nur verwunderlich, dass Funktionsträger und –trägerinnen der Vereinigten Staaten und der NATO immer noch unter dem Bann der Theorien Zbigniew Brzezinskis stehen, die er in seinem Buch *The Grand Chessboard* (Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft) vertreten hat. Dieses Werk politischer Prosa ist bereits 25 Jahre alt und landete bereits auf der Müllhalde der Geschichte.

Wir schließen auch nicht aus, dass diese Art von Aktivitäten dazu dienen könnten, Hysterie und Panik zu schüren, um von möglichen Provokationen der ukrainischen Streitkräfte und der nationalistischen Bataillone an der Kontaktlinie im Donbass abzulenken. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Russland auf höchster Ebene erklärt hat, dass wir nicht vorhaben, in die Ukraine „einzumarschieren“. Aber wir werden nicht zulassen, dass unsere Interessen rücksichtslos mit Füßen getreten oder gar übergangen werden.

Indem sie die Spannungen erhöhen, versuchen die Angelsachsen, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, auch davon abzulenken, dass sie uns konkrete Antworten auf die großen Fragen Russlands geben müssen – dass die NATO-Erweiterung, die Stationierung von Offensivwaffen auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine und Georgiens und die Rückkehr zum *Status quo ante* 1997 für Russland nicht hinnehmbar sind. Den Botschaften, die von den Behörden in Washington und Brüssel am 26. Januar kamen, konnten wir keine zufriedenstellenden Antworten in Bezug auf Sicherheitsgarantien entnehmen. Das wurde gestern auf höchster Ebene klargestellt.

Wir erwarten auch eine Reaktion auf die Frage, die Außenminister Sergej Lawrow in seiner Ansprache an seine OSZE-Kolleginnen und Kollegen gestellt hat: Wie verstehen unsere Partner ihre Verpflichtung, ihre eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten auf der Grundlage der Einhaltung des Prinzips der Unteilbarkeit der Sicherheit zu stärken?

Wir gehen davon aus, dass die Antworten auf nationaler Ebene erfolgen werden, da die betreffende Verpflichtung von jedem Staat einzeln und nicht im Namen von Bündnissen oder Blöcken eingegangen wurde.

Die Möglichkeiten für eine weitere Arbeit an Sicherheitsgarantien unter Berücksichtigung der vorliegenden Vorschläge werden weiterhin geprüft.

Wir erwarten auch, dass die westlichen Staats- und Regierungschefs so bald wie möglich ihre Kanäle zur Einflussnahme auf die ukrainische Führung nutzen, nicht um sie extrem nervös zu machen, sondern um zu gewährleisten, dass die Minsker Vereinbarungen Punkt für Punkt in der Reihenfolge, in der sie formuliert und unterzeichnet wurden, umgesetzt werden. Die immer wieder vorgebrachte Ausrede der ukrainischen Führung, dass „dies zur Zerstörung der Ukraine führen werde“, ist für uns nicht hinnehmbar. *Pacta sunt servanda*.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.